

# Konjunkturpakete: Verpasste Chance für langfristiges Wachstum

Lars Handrich  
Lhandrich@diw-econ.de

Philipp Meinen  
pmeinen@diw-econ.de

Ferdinand Pavel  
fpavel@diw-econ.de

Daniel Wissmann

*50 Milliarden Euro – mit einem Konjunkturpaket in bislang ungekannter Höhe haben Bund und Länder auf die schwere Rezession reagiert. Mit 23,6 Milliarden Euro sind fast die Hälfte dieser Mittel für öffentliche Investitionen vorgesehen. Diese schuldenfinanzierten Maßnahmen sollen nicht nur kurzfristig die Konjunktur stützen. Erklärtes Ziel der Politik ist es vielmehr, mit dem Paket auch für langfristiges Wachstum zu sorgen. Doch kann dies funktionieren? Um den selbst gestellten Anspruch zu überprüfen, hat die DIW econ die bis Mitte August 2009 verplanten Konjunkturmittel aus dem Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und dem „Zukunftsinvestitionsgesetz“ auf ihre Verwendung hin untersucht.*

*Konkret analysierte die Beratungstochter des DIW Berlin dabei, ob und inwieweit die Mittel in wachstumsrelevanten Feldern eingesetzt wurden, in denen Deutschland im europäischen Vergleich besonderen Nachholbedarf besitzt. Dazu zählen Maßnahmen zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie der Informationsgesellschaft, der Ausbau einer modernen, schnellen Internet-Infrastruktur, Verbesserungen der Bildungsqualität, Verbesserungen im Gesundheitssektor sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Energieeffizienz und Klimaschutz.*

*Insgesamt kommt die Analyse zu einem weniger optimistischen Ergebnis, als durch die Ankündigungen der Politik erhofft. Nur etwa 30 Prozent der für Investitionen vorgesehenen Ausgaben gehen über den Erhalt des Status quo hinaus und stellen tatsächlich die politisch beschworenen „Zukunftsinvestitionen“ dar. Negativ fallen insbesondere die Abwrackprämie und die hohen Investitionen in die bestehende Verkehrsinfrastruktur auf. Bildung und Gesundheit wurden durch die Konjunkturmittel hingegen kaum gefördert.*

Als Reaktion auf die schwerste Wirtschaftskrise der deutschen Nachkriegszeit haben Bund und Länder in einem zweiten Maßnahmenpaket über 50 Milliarden Euro zur Konjunktur stabilisierung bereitgestellt. Diese Maßnahmen umfassen ein breites Spektrum wie die Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen bei Kurzarbeit, Steuerentlastungen, Prämien zur vorzeitigen Verschrottung von Altfahrzeugen sowie öffentliche Investitionen in die kommunale Infrastruktur (Tabelle 1). Das mit diesen Maßnahmen verfolgte Primärziel ist zunächst die Abwehr einer gesamtwirtschaftlichen Störung. Darüber hinaus bieten zusätzliche öffentliche Investitionen grundsätzlich aber auch die Möglichkeit, langfristige Wachstumsimpulse zu setzen. Entsprechend betont auch die Bundesregierung die durch die Maßnahmen ausgelösten potentiellen Wachstumseffekte. Dies spiegelt sich nicht allein im Titel des sogenannten „Zukunftsinvestitionsgesetz“ wider, in dem die Investitionen auf Landes- und kommunaler Ebene geregelt werden. Vielmehr sollen die bereitgestellten Mittel es den Kommunen ermöglichen, „mehr zu tun als nur den Status quo zu wahren“. Dazu sollen die vorgenommenen Investitionen nicht „bloß zu kurzfristigen Effekten mit hohen Folgekosten“ führen, sondern auch in Zukunft Erträge bringen.<sup>1</sup> Grundsätz-

<sup>1</sup> Internetseite der Bundesregierung: [www.konjunkturpaket.de](http://www.konjunkturpaket.de); und Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums: Deutschland baut – das Konjunkturpaket wirkt. 22.09.2009. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück äußerte sich in einer Presseerklärung wie folgt: „Wenn wir Geld in die Hand nehmen und damit natürlich von einem Konsolidierungspfad wieder abweichen, dann darf dieses Geld nicht in einem Konjunkturzyklus verbrannt werden; sondern es muss längerfristig wirken im Sinne der Modernisierung der Infrastruktur dieses Landes.“ Bundesbildungsministerin Annette Schavan bezeichnete das Konjunkturpaket II als „das größte Investitionsprogramm in Bildung, das in Deutschland je aufgelegt wurde“. FAZ.NET: Das Konjunkturprogramm (4): 230 000 Euro für gelbe Wände und neue Fenster. 10.08.2009.

lich entspricht dies auch den Empfehlungen der Wissenschaft.<sup>2</sup>

Vor diesem Hintergrund wird hier untersucht, ob die als „investiv“ deklarierten Mehrausgaben in Höhe von 23,6 Milliarden Euro aus Sicht einer langfristigen Betrachtung geeignet sind, die Potentialwachstumsrate Deutschlands zu erhöhen (Tabelle 2).<sup>3</sup>

Die Verwendung dieser 23,6 Milliarden Euro ist im Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“ (ITFG) und im „Zukunftsinvestitionsgesetz“ (ZuInvG) geregelt. Anders als es die juristischen Bezeichnungen vermuten lassen, handelt es sich dabei im ökonomischen Sinne jedoch nicht ausschließlich um Investitionen – wie etwa im Fall der sogenannten „Umweltprämie“. Daher wird im Folgenden allgemeiner von Ausgaben gesprochen. Fraglich ist, ob die mit dem Begriff „Zukunftsinvestitionen“ geweckten Hoffnungen auf eine langfristige Stärkung der Wachstumskräfte auch tatsächlich berechtigt sind. Bei der Beurteilung der Ausgabenstruktur ist grundsätzlich auch zu beachten, dass unterschiedliche Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern die Spielräume für bestimmte Verwendungsvorgaben einschränken. Andererseits können die Länder aufgrund einer Änderung des Artikel 104b Grundgesetz aus aktuellem Anlass die Finanzmittel des Bundes in Notsituationen wie der derzeitigen Wirtschaftskrise auch in Bereichen verwenden, für die der Bund keine Gesetzgebungsbefugnisse besitzt, wie etwa im Bildungsbereich. Dies ermöglicht größere Spielräume bei der Ausrichtung der Ausgabenstruktur an wachstumsrelevanten Kriterien. Somit erscheint es als legitim, die Struktur der geplanten Mittelverwendung dahingehend zu hinterfragen, ob hier auch langfristig signifikante Wachstumsimpulse erwartet werden können.

Hierzu werden die Ausgaben zunächst sieben als wachstumsrelevant erachteten Aktionsfeldern zugeordnet. Sodann werden die einzelnen Maßnahmen danach unterschieden, ob von ihnen eine langfristige Wirkung auf Produktivität und Wachstum zu erwarten ist oder ob sie in Bezug auf den Sachkapitalstock lediglich bestandserhaltend wirken. Im Anschluss an diese Zuordnung

<sup>2</sup> Beispielsweise plädierte der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten für eine „konjunkturgerechte Wachstumspolitik“, die das „wachstumspolitisch Richtige mit dem konjunkturpolitisch Erforderlichen“ verbindet. Vgl. Jahresgutachten 2008/09, 249. Vgl. auch Dreger, C.: Was gehört in ein Konjunkturprogramm? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 3/2009, Kommentar; Pavel, F., Proske, S.: Konjunkturprogramme: Investitionen ohne nachhaltige Wachstumswirkung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 19/2009.

<sup>3</sup> Vgl. Studie der DIW econ GmbH: Richtig investieren II – Nachfolgestudie zur Verwendung der Mittel aus den Konjunkturpaketen. Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Tabelle 1

## Das Konjunkturpaket II<sup>1</sup>

In Milliarden Euro

<b>Investitionsprogramm für mehr und schnellere Investitionen</b>	
Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen	17,2
Umweltprämie <sup>2</sup>	5
FuE in kleinen und mittleren Unternehmen	0,9
Angewandte Mobilitätsforschung	0,5
<b>Steuer- und Abgabensenkungen sowie weitere Entlastungen für die Bürger</b>	
Rückwirkende Einkommensteuer-Entlastungen (Grundfreibetrag und Eingangssteuersatz)	8,94
Kindergeldbonus von 100 Euro	1,58
Senkung des Krankenkassenbeitrags um 0,6 Beitragssatzpunkte	9,5
Erhöhung der Regelsätze für Kinder im Arbeitslosengeld II	0,51
Anpassung der Kfz-Steuer an den CO <sub>2</sub> -Ausstoß	0,26
<b>Maßnahmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen</b>	
Aktivierungs- und Qualifikationsmaßnahmen	1,97
Qualifizierung zur Wiedereinstellung von Leiharbeitskräften	0,4
Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge bei Kurzarbeit	2,3
Erweiterung „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU)	0,4
Zusätzliche Stellen bei der Bundesanstalt für Arbeit	0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>50,26</b>

<sup>1</sup> Ohne die Bürgschaften für große und mittelständische Firmen.

<sup>2</sup> Einschließlich nachträglicher Erhöhung.

Quelle: Bundesfinanzministerium: Brot und Butterbrief Ausgabe 01/2009, 6.

DIW Berlin 2009

Tabelle 2

## Untersuchte Maßnahmen

	In Milliarden Euro	Zuständigkeit
Umweltprämie	5	Bund
Verkehrswege, Gebäudesanierung, IT-Investitionen	3,9	Bund
FuE in kleinen und mittleren Unternehmen	0,9	Bund
Angewandte Mobilitätsforschung	0,5	Bund
Bildungsbereich	6,5	Land / Kommune
Kommunale Infrastruktur	3,5	Land / Kommune
Investitionen der Bundesländer	3,3	Land / Kommune
<b>Insgesamt</b>	<b>23,6</b>	

Quelle: Zusammenstellung der DIW econ.

DIW Berlin 2009

wird die errechnete Verteilung der verfügbaren Mittel danach beurteilt, ob sie insgesamt dem relativen Bedarf der deutschen Volkswirtschaft in den einzelnen Aktionsfeldern nachkommt. Dabei orientiert sich die Analyse daran, wie gut Deutschland in einem Aktionsfeld im europäischen Vergleich (EU-15) positioniert ist. Je schwächer dieser Vergleich ausfällt, desto höher der Ausgabenbedarf (Kasten).

Die Zuordnung der einzelnen Ausgaben auf die in Tabelle 3 dargestellten Aktionsfelder erfolgt anhand von Vorhaben- und Projektlisten der Gebietskörperschaften.<sup>4</sup> Nach diesem Vorgehen

<sup>4</sup> Vorhabenlisten enthalten allgemeine Angaben zur Mittelverwendung in bestimmten Bereichen wie zum Beispiel Investitionen in Krankenhäuser, Breitbandinfrastruktur oder FuE-Investitionen. Projektlisten enthalten Informationen über konkrete Projekte wie zum Beispiel die Sanierung des Daches einer bestimmten Schule in einer bestimmten Gemeinde.

### Aktionsfelder und Indikatorenanalyse

Zur Stärkung des langfristigen Wachstumspotentials lassen sich sieben Aktionsfelder identifizieren.

Anhand einer Indikatorenanalyse kann die Ausgabenstruktur in Bezug auf die verschiedenen Aktionsfelder bestimmt werden. Hierzu wird für jedes Aktionsfeld ein Indikator berechnet, der den Nachholbedarf Deutschlands relativ zu den EU-15-Ländern aufzeigt. Ein Indikator setzt sich dabei aus verschiedenen Subindikatoren zusammen, die die Zielerreichung eines Landes in verschiedenen Aspekten eines Aktionsfeldes messen. So setzt sich etwa der Indikator im Aktionsfeld IKT-Infrastruktur aus den Subindikatoren Telefonpenetration, Mobiltelefonpenetration, Internetnutzung und Breitbandinternetanschlüsse je 100 Einwohner zusammen. Ein Subindikator wird umso höher gewichtet, je größer die Varianz zwischen den Ländern ausfällt, was die Annahme widerspiegelt, dass Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Ländern insbesondere dort zu suchen sind, wo die jeweiligen Indikatoren zwischen den Ländern am stärksten voneinander abweichen. Auf dieser Basis wurde ein Verteilungsschlüssel für Investitionen ermittelt, der sich an dem relativen Nachholbedarf Deutschlands in jedem Aktionsfeld orientiert.

lassen sich den sieben Aktionsfeldern bis einschließlich Ende August 2009 bereits 87 Prozent beziehungsweise über 20 Milliarden Euro zurechnen (Tabelle 4). Dies verdeutlicht, dass Bund, Länder und Kommunen die Mittel zügig in konkreten Vorhaben verplanen.

### Geringer Innovationsgehalt der Konjunkturmittel

Zunächst werden die verplanten Konjunkturmittel danach klassifiziert, ob es sich um bestands-

Tabelle 4

### Nachvollziehbare Mittelverwendung und Öffentlichkeitsarbeit der Länder

	Budget in Milliarden Euro	Nachvollziehbare Mittelverwendung <sup>1</sup> in Prozent
Baden-Württemberg	1,6	100
Bayern	1,9	88
Berlin	0,6	100
Brandenburg	0,5	47
Bremen	0,1	100
Hamburg	0,3	101
Hessen	1,0	107
Mecklenburg-Vorpommern	0,3	107
Niedersachsen	1,2	51
Nordrhein-Westfalen	2,8	54
Rheinland-Pfalz	0,6	97
Saarland	0,2	25
Sachsen	0,8	72
Sachsen-Anhalt	0,5	89
Schleswig-Holstein	0,4	112
Thüringen	0,4	0
Bund	10,3	100
<b>Deutschland gesamt</b>	<b>23,6</b>	<b>87</b>

<sup>1</sup> Anteil der bis zum Stichtag 21.08.2009 anhand von Vorgaben- oder Projektlisten nachvollziehbaren Investitionen an den Investitionsbudgets der Bundesländer gemäß ZulnVG. Es ist zu beachten, dass die Kommunen in manchen Bundesländern ihre Eigenanteile freiwillig erhöhen, sodass die Investitionssummen teilweise über dem im ZulnVG bestimmten Gesamtbudget liegen können.

Quellen: Angaben der Länder; Berechnungen DIW econ.

DIW Berlin 2009

erhaltende oder wachstumsfördernde Maßnahmen im oben erläuterten Sinne handelt.

Als Bestandsausgaben im Bereich der Basisinfrastruktur werden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur gewertet. Die skizzierte Analyse ergibt, dass Deutschland hier europaweit führend ist. Ein weiterer Ausbau im Rahmen der Konjunkturpakete sollte daher zu Gunsten anderer Aktionsfelder zurückgestellt werden. Zudem werden im Bereich der Basisinfrastruktur Investitionen in den Gebäudebestand der öffentlichen Verwaltung sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich als Bestandsausgaben gezählt. Ebenso wird die Umweltprämie im Aktionsfeld Energieeffizienz und Klimaschutz nicht als wachstumsfördernde Ausgabe gewertet. Neben den erheblichen Zweifeln am ökonomischen Nutzen der Umweltprämie ist auch der ökologische Nutzen dieses Instruments umstritten.<sup>5</sup> Dies ist vor allem damit zu begrün-

<sup>5</sup> Die Umweltprämie wird aufgrund verschiedener Aspekte kritisiert. So werden erhebliche Mitnahme- und Vorzieheffekte ausgelöst, was nach Beendigung der Prämienregelung zu einem entsprechenden Einbruch der Automobilnachfrage führt. Zudem kommt es zu Verdrängungseffekten im Bereich anderer Konsumgüter. Darüber hinaus führt die Umweltprämie zu erheblichen Verwerfungen im Automobilmarkt, da vor allem Kleinwagenproduzenten profitieren und die Preise für Gebrauchtwagen fallen, während strukturelle Anpassungsprozesse in der Automobilbranche vermieden werden. Vgl. Wey, C.: Nicht abwracken sondern Ideen fördern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 17/2009, Kommentar.

Tabelle 3

### Aktionsfelder und empfohlener Verteilungsschlüssel

In Prozent

Aktionsfeld	Beispiel	Empfohlener Verteilungsschlüssel
Informationsgesellschaft	E-government Maßnahmen, IT-Ausstattung von Verwaltungen	10
Innovation, FuE	Forschung in kleinen und mittleren Unternehmen	5
Basisinfrastruktur	Verkehrsinfrastruktur	0
IKT-Infrastruktur	Breitbandverkabelung	15
Bildung	Schulen, Kitas, Hochschulen	25
Gesundheit	Krankenhäuser und Sportstätten	20
Energieeffizienz und Klimaschutz	Energetische Sanierungen	25

Quelle: DIW econ.

DIW Berlin 2009

den, dass die Umweltprämie nicht an Vorgaben zum Schadstoffausstoß der Pkw gebunden war und die anteiligen Zusatzemissionen bei der Produktion der Neuwagen aufgrund der vorzeitigen Verschrottung der Gebrauchtwagen in der Energiebilanz berücksichtigt werden müssen.<sup>6</sup>

Wachstumsfördernde Ausgaben umfassen Maßnahmen in den Bereichen Informationsgesellschaft, Forschung und Entwicklung sowie der Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur (IKT). Als wachstumsfördernd im Aktionsfeld Bildung gelten Anschaffungen von Medienausstattung, die Einrichtung von naturwissenschaftlichen Laboren in Schulen, neue Großgeräte in Universitäten oder die Förderung von Weiterbildungsstrukturen. Im Gesundheitsbereich sind es Ausgaben, die nachhaltig zu gesundheitlichen Verbesserungen führen wie etwa Aufbau und Erneuerung kommunaler Sportstätten, für die es sonst keine Finanzierungsverpflichtung gibt. In den Aktionsfeldern Basisinfrastruktur, Bildung und Gesundheit werden darüber hinaus energetische Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, etwa in Rathäusern, Sportstätten und Schulen. Diese Maßnahmen verbessern die Energieeffizienz und wirken deshalb auch im Sinne des Klimaschutzes. Aus diesem Grund werden die hier vorgesehenen Ausgaben zur Hälfte im Aktionsfeld Energie- und Klimaschutz als wachstumsfördernd bewertet. Die andere Hälfte wird im jeweiligen Aktionsfeld als bestandserhaltende Maßnahme gezählt.<sup>7</sup>

Insgesamt zeigt der Vergleich zwischen bestands-erhaltenden und wachstumsfördernden Maßnahmen, dass letztere mit 30 Prozent der Gesamtinvestitionen den deutlich kleineren Anteil ausmachen (Abbildung 1). Demgegenüber fließt ein Großteil der Konjunkturmittel in die Bestandserhaltung und steht somit nicht für wachstumsfördernde Maßnahmen mit langfristiger Wirkung zur Verfügung.

Der stark ausgeprägte Schwerpunkt auf Erhaltungsinvestitionen deutet darauf hin, dass die Ausgaben der verantwortlichen Gebietskörperschaften durch strukturelle Finanzierungsdefizite eingeschränkt sind. Vor dem Hintergrund des offenbar sehr hohen Nachholbedarfs kann grundsätzlich eine (anteilige) Finanzierung von Erhaltungsmaßnahmen aus den Mitteln des Konjunkturpakets vertretbar sein. Allerdings ist es in diesem Zusammenhang wichtiger, nachhaltige Lösungsansätze der strukturellen Finanzie-

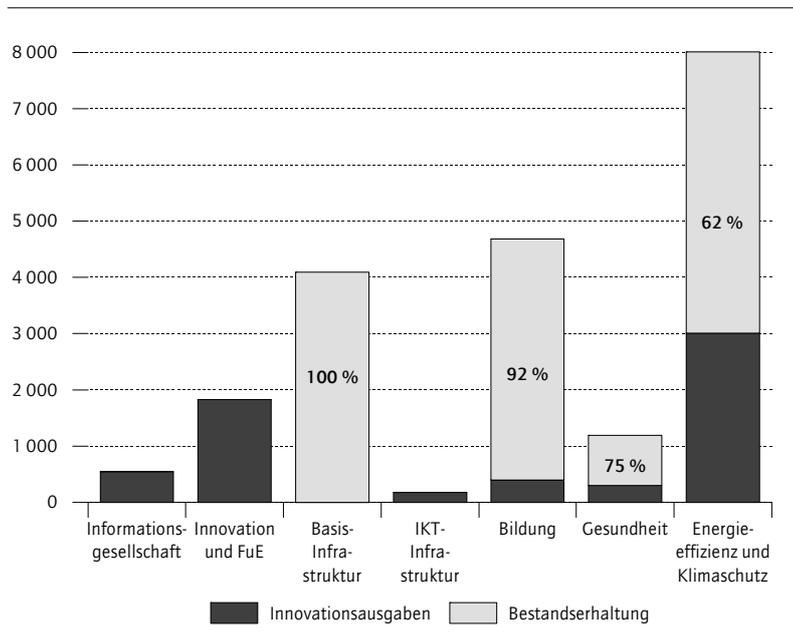
<sup>6</sup> Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009.

<sup>7</sup> Eine Änderung dieses Anteils führt nicht zu einer wesentlichen Änderung der abgeleiteten Aussagen.

Abbildung 1

### Investitionen nach Aktionsfeldern<sup>1</sup>

In Millionen Euro



<sup>1</sup> Einschließlich anteiliger Zurechnung der energetischen Sanierungsmaßnahmen auf das Aktionsfeld Energieeffizienz und Klimaschutz.

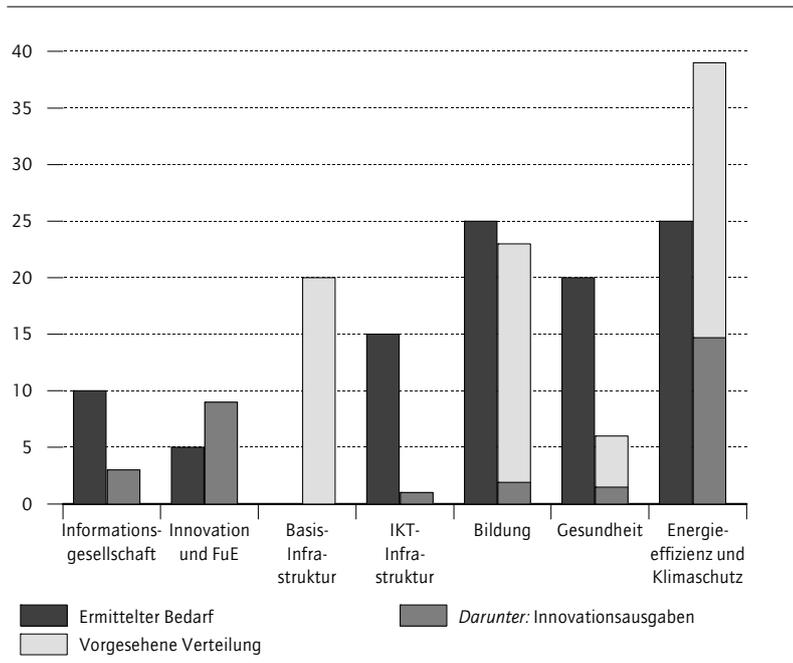
Quelle: DIW econ.

DIW Berlin 2009

Abbildung 2

### Aufteilung der Investitionen nach Aktionsfeldern<sup>1</sup> und ermitteltem Bedarf

In Prozent



<sup>1</sup> Einschließlich anteiliger Zurechnung der energetischen Sanierungsmaßnahmen auf das Aktionsfeld Energieeffizienz und Klimaschutz.

Quelle: DIW econ.

DIW Berlin 2009

rungsprobleme zu suchen und zu finden. Zudem dürfen die jeweiligen Maßnahmen auch nicht mehr als „Zukunftsinvestitionen“ beziehungsweise Investitionen in langfristiges Wachstum bezeichnet werden.

### **Unwucht in der Verwendung nach Aktionsfeldern**

Gemessen an dem hier zugrunde gelegten Verteilungsschlüssel weicht die bis einschließlich August 2009 vorgesehene Verteilung der betrachteten Konjunkturmittel teilweise deutlich von der Empfehlung ab. Relativ zum ermittelten Bedarf wird vor allem für zwei Aktionsfelder deutlich mehr verplant, nämlich rund 14 Prozent der gesamten Mittel (etwa 2,9 Milliarden Euro) im Aktionsfeld Energieeffizienz und Klimaschutz und 20 Prozent der gesamten Mittel (rund 4,1 Milliarden Euro) im Bereich Basisinfrastruktur. Im Gegenzug wird in drei Aktionsfeldern deutlich zu wenig ausgegeben: Rund sieben Prozent der gesamten Mittel (1,5 Milliarden Euro) für die Förderung der Informationsgesellschaft, 14 Prozent (2,9 Milliarden Euro) für den Ausbau der IKT-Infrastruktur und 14 Prozent (2,9 Milliarden Euro) im Bereich Gesundheit.

Insgesamt ergibt sich somit gegenüber dem empfohlenen Verteilungsschlüssel ein Umverteilungsbedarf zwischen den Aktionsfeldern von einem Drittel der betrachteten Mittel beziehungs-

weise sieben Milliarden Euro. Darüber hinaus besteht innerhalb der Aktionsfelder weiterer Umschichtungsbedarf von Bestandsausgaben hin zu wachstumsfördernden Ausgaben.

### **Fazit**

Insgesamt sind die im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets als „investiv“ deklarierten Ausgaben in Höhe von 23,6 Milliarden Euro kaum geeignet, die langfristigen Wachstumskräfte in Deutschland zu stärken. Stattdessen fließt ein Großteil der verfügbaren Mittel in die Bestandserhaltung und steht damit für die Finanzierung wachstumsfördernder Maßnahmen nicht zur Verfügung. Darüber hinaus deuten die in erheblichem Umfang vorgesehenen Ausgaben in den Gebäudebestand von Bildungseinrichtungen und anderen öffentlichen Einrichtungen darauf hin, dass diese grundsätzlich notwendigen Ausgaben durch strukturelle Finanzierungsdefizite begrenzt sind.

Die Stärkung langfristigen Wachstums in Deutschland erfordert eine wesentliche Umgestaltung der öffentlichen Ausgabenstruktur hin zu einer Erhöhung des Humankapitals und der Innovationsfähigkeit. Die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel hätten dazu eine gute Gelegenheit geboten. Diese Chance wurde jedoch nur unzureichend genutzt.

**JEL Classification:**  
O16, H50

**Keywords:**  
Financial crises,  
National government  
expenditure

**Impressum**

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

**Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Alexander Kritikos  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

**Chefredation**

Dr. Kurt Geppert  
Carel Mohn

**Redaktion**

Tobias Hanraths  
PD Dr. Elke Holst  
Susanne Marcus  
Manfred Schmidt

**Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

**Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

**Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,–  
Einzelheft Euro 7,–  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

**Satz**

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

**Druck**

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die Stabs-  
abteilung Kommunikation des DIW  
Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.